

Q U W R BLÄTTER :

SACHLICHE POLEMIKEN ZUR VOLKSAUFHETZUNG
REALISTISCHE WELVERBESSERUNGSKONSTRUKTE
KETZERISCHE EINMÜNDIGKEITEN ZUR UMWÄLZUNG
ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE
AUFRUF ZUM STREIT

04

NOV 2002

BRAUCHEN WIR DIE PARTEIEN?

Den Parteien ist laut Grundgesetz die „Mitwirkung“ in der Politik zugeordnet. Durch die offenbar gewordenen Skandale erscheint es angebracht, die Rolle der Parteien, so wie sie sich diese angemäÙt haben, zu überdenken.

Die Absicht, die im Grundgesetz dokumentiert ist, bedarf weder der Interpretation, noch der Veränderung; die Rolle der Parteien sehr wohl. Denn an die Stelle der Aufgabe, die „politische Willensbildung“ der Bürger zu unterstützen, ist bei ihnen eine geradezu süchtige Tendenz getreten, die Macht der Partei zu festigen. Da Besinnung und Einsicht der derzeitigen Politiker nicht zu erwarten ist, entsteht, um weiterem Übelstand entgegenzuwirken, die **dringende Notwendigkeit, die Finanzierung der Parteien zu beschneiden**. Diese sind auf ihren ihnen ursprünglich zugeordneten Status zurückzuführen, vergleichbar dem üblicher Vereine, die von ihren Mitgliederbeiträgen leben und ihre Vereinsfunktionäre davon bezahlen, falls diese nicht überhaupt ehrenamtlich tätig sind. Eine solche Finanzierung ist dem Vereinszweck entsprechend eher zielorientiert und läuft weniger in Gefahr, vereinsfremden Einflüssen zu unterliegen oder vereinsfremde Tätigkeiten zu unterstützen.

Ist es denn nicht absurd, dass wir – via Parteienfinanzierung – unsere eigene „Meinungsbildung“ finanzieren, die in Wirklichkeit auf einseitige Interessen der jeweiligen Partei gerichtet wird?

Um die Parteien auf ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen, bedarf es noch weiterer Maßnahmen: **1. Offenlegung und Rechnungslegung über alle Einnahmen und Ausgaben analog der bei anderen Vereinen. 2. Verbot aller Parteispenden direkter oder indirekter Art als Straftatbestand. 3. Auslaufen der öffentlichen Finanzierung der Parteien durch Steuern.**

Man wird sagen, dass die Arbeit der Parteien dadurch zunichte gemacht würde. So weit „Arbeit“ im bisherigen Sinne gemeint ist, mag dies

richtig sein und ist beabsichtigt. Viele eigenfinanzierten Vereine (beispielsweise auf kulturellen Gebiet) beweisen, in welchem starkem Maße vereinsentsprechende Leistungen erbracht werden können, zumal bei Ausschaltung äußerer Einflüsse, die immer mit zusätzlichen „Finanzierungen“ verbunden sind und in welchem Maße ehrenamtliche Tätigkeiten attraktiv werden. **Denn jegliche ehrenamtliche politische Tätigkeit ist der besoldeten Politikern vorzuziehen.**

Die aufgedeckten Bestechungsskandale bei nahezu allen Parteien geben uns Bürgern derzeit eine verständliche Handhabe, Änderungen der Parteienfinanzierung zu verlangen, um die auf Machterhalt und nicht auf politische Aufklärung gerichteten Aktivitäten der Parteien zu unterbinden.

Um Umgehungen auszuschließen, dürften auch keine irgendwie gearteten Gelder oder Leistungen an die Abgeordneten fließen. Auch hier wäre der Straftatbestand einzuführen. Unter gleiche Strafandrohung gehören die Spender selbst gestellt. Außerdem dürfen Positionen mit wesentlichem Machteinfluss, so z. B. Vorstands- und Aufsichtsratsposten sowie „Beraterverträge“ nicht an Abgeordnete vergeben werden, denn diese sind – bezogen auf ihre Ausbildung – schon in überwiegend hohem Maße überbezahlt (dazu ein eigenes Querblatt).

Auf dieser geänderten Basis kann sich das entwickeln, was mit dem Grundgesetz beabsichtigt war: die aktive Förderung der Willensbildung in der Konkurrenz der Parteien, die gezwungen sind, ihr jeweiliges Profil zu zeigen und in die Diskussion, auch mit Nichtparteiorganisationen, einzubringen und zu vertreten. Überdies wird durch „Gleichberechtigung“ aller politisch tätigen Vereinigungen die Chance der NGOs (Nichtregierungsorganisationen), die derzeit ein eher kümmerliches Dasein führen müssen, obschon sie gelegentlich maßgebende Erfolge zum Wohle der Bürger aufweisen, vergrößert. Sie können am „politi-

schen Leben“ teilnehmen, ohne in die Illegalität abgedrängt zu werden.

In Folge entsteht eine vielfältige politische Landschaft, in der sich das ganze Spektrum der Meinungen widerspiegelt und in der sich eine größere Zahl von Bürgern „wiederfindet“, als dies bei der derzeitigen Wahlmöglichkeit zwischen zwei großen Parteien, d. h. zwei großen Übeln, der Fall ist. Zudem wird es ausländischen Mitbürgern ermöglicht, ihre eigenen abweichenden Vorstellungen darzustellen, zu belegen und in die Diskussion zu geben, womit gegenseitigen Anregungen wenigstens die Tür geöffnet ist. Allein schon der Nichtwahl entoben zu sein, bei nahezu gleichen verkündeten Programmen aus strategischen Gründen eher der CDU oder der SPD meine Stimme geben zu müssen, bedeutet eine Aufwertung der Wahlen und damit eine Stärkung des politischen Gedankens.

Nicht zu vergessen ist, wieviel Millionen unserer Steuern erspart werden können, wenn wir der Wahlmittelverschwendung Einhalt gebieten. Ja es mag dann sogar auffallen, wenn eine der Parteien übermäßig Werbung durch die Medien etwa, betreibt, so dass man sofort (und schneller als bisher) auf die Spur von illegalen Machenschaften kommt.

Nicht zuletzt wird dadurch der persönliche politische Diskurs gefördert, d. h., die Menschen finden wieder zum politischen Gespräch und Austausch, sie müssen sich unbeeinflusst darstellen, **die persönliche Meinung wird gestärkt. Es soll nach dem Willen des Souveräns, des Volkes gehen und nicht nach dem Willen der Partei. Ende der Alleinherrschaft der Parteien.**

Als Mittel zur Durchsetzung dieser Vorschläge bietet sich an, eine Bürgerinitiative zu begründen und zwar möglichst rechtzeitig vor einer Wahl, die das Ziel hat: Abschaffung der Parteienalleinherrschaft. Es ist viel dadurch zu gewinnen:

: ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEGEIGNE
BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE